

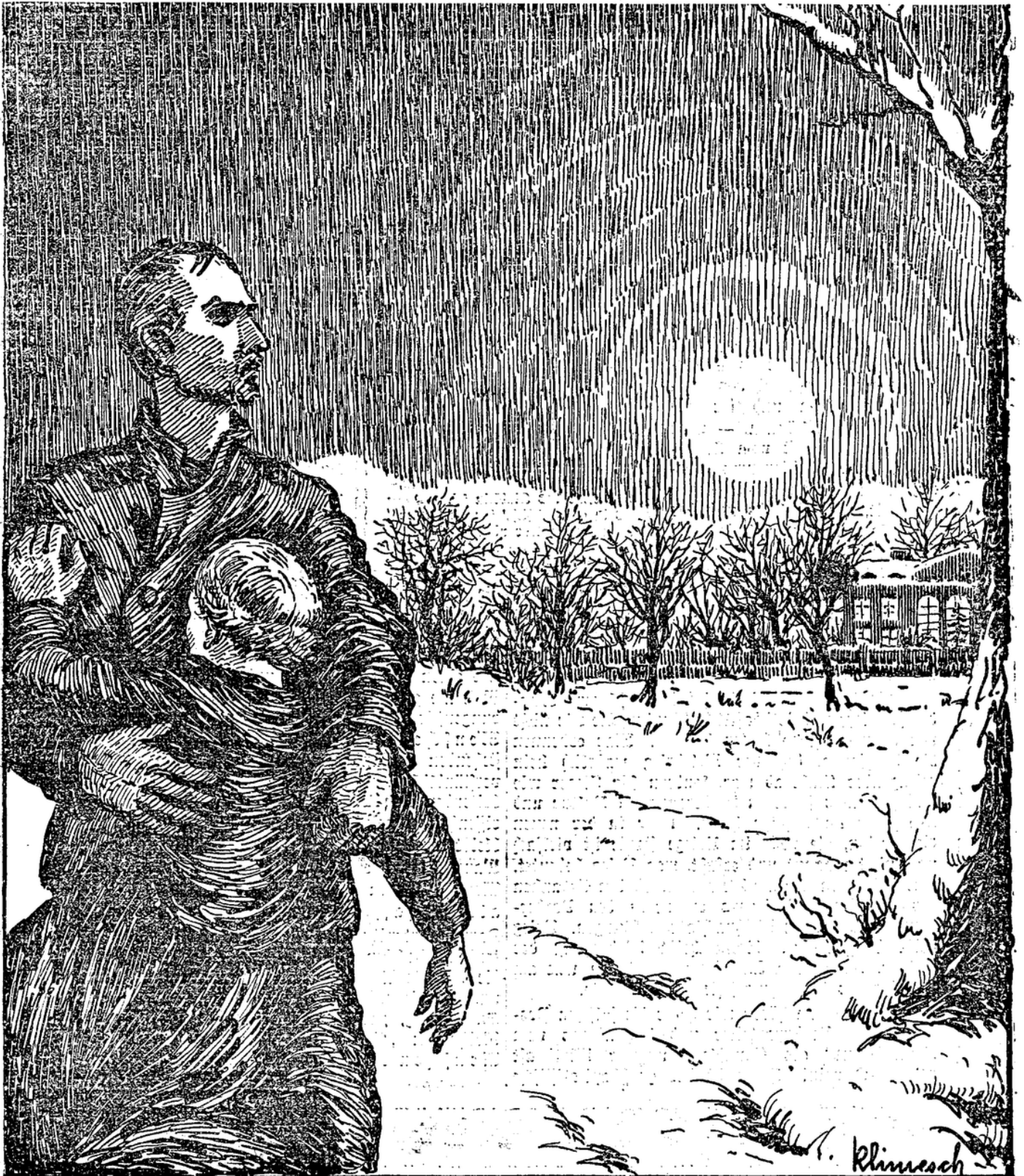
Nummer 51/52

Berlin, den 20. Dezember 1930

34. Jahrgang

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs



Weihnachten 1930



Das Fest der Wintersonnenwende läßt in uns allen die Hoffnung aufleben, daß die furchtbare Erstarrung des Arbeitsmarktes doch einmal wieder gelöst wird. Die vier Millionen Arbeitslose Deutschlands lassen reine Weihnachtsfreude nicht aufkommen. Es verbleibt uns aber der Gedanke an Erlösung aus dem unerträglichen kapitalistischen Wirtschaftsgewirr als Verheißung.

Weihnachten, das Fest der großen Menschheitsfamilie (die wir noch nicht haben). Das Fest der Kinder — wobei wir freilich nicht an die politischen Kinder denken dürfen, die ihr Heil aus dem Dritten Reich erwarten, oder die fasziniert nach dem Osten Europas starren und von dort ihr Heil erwarten. — Weihnachten, da man Geschenke austellt — aber in diesen Zeiten der Not gibt es Millionen, die nicht einmal das Notdürftigste haben und die sich nichts schenken können. — Galt das Weihnachtsfest vom Standpunkt des Christentums vorwiegend als ein Fest der Mildtätigkeit, des Mitleids und der Hilfe, so meinen wir Sozialisten, es müsse das Fest werden, in dem die Menschenrechte erst neu geboren werden, in dem uns die Erlösung kommt aus all den Uebeln des jetzigen kapitalistischen Wirtschaftsdurcheinanders zu einem planmäßigen Aufstieg der Menschheit in der Bedarfswirtschaft des Sozialismus.

Gewiß haben die Nachkriegsjahre schwere Wunden geschlagen. Wirtschaftliche Wunden, die wir nicht mit einem Schläge heilen können. Klar erkennen die Millionen, daß der Weltkrieg wahrlich kein reinigendes Stahlbad war, sondern für Sieger wie Besiegte einen schweren Niedergang an Kultur und Wirtschaft im Gefolge hatte. Aber in der neuen Generation, die nicht im Kriege stand, ist vielfach noch nicht erkannt und erfährt, was Krieg bedeutet. Darum müssen wir am Weihnachtsfest den Gedanken des Völkerrfriedens erneut in den Vordergrund rücken aller Weihnachtsbetrachtungen. Krieg heißt Massenmord. Krieg heißt Niedergang der Kultur. Krieg heißt Auflösung alles dessen, was am Aufstieg des Menschengeschlechts mitwirkte.

Im Bürgertum hören wir heute die falschen Propheten der Volksparteiler und Hugenberg's vom „Marxismus“ als Grundlage unserer Wirtschaft reden. O nein! Heute ist das großkapitalistische

Trust- und Syndikatsystem Trumpf in allen sogenannten Kulturstaaten, vornehmlich auch in Deutschland. Heute noch ist der Marxismus eine Hoffnung, ein Lichtstrahl in dem Dunkel, eine Zukunftsverheißung. Ähnlich wie in den dunkelsten Tagen des Jahres das Licht wieder aufsteigen soll. Wir erblicken im Marxismus die Erlösung aus der jetzigen kapitalistischen Fron. Wir glauben, daß der äußere wie auch der innere Krieg der Völker nur überwunden werden kann durch eine sozialistische Welt-

ordnung, die jedem das Recht auf Arbeit gewährleistet, die jeden aber auch Anteil nehmen läßt an allen Kulturgütern und ihm ermöglicht, für die Menschheit das Höchste zu leisten. Weihnachten bringt uns recht in Erinnerung, daß wir die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Schwachen, der Millionen wahrnehmen müssen durch unsere Organisationen. — Nicht für alle Zeit soll die Fron an der Maschine Lebensinhalt sein, sondern gemäß unserer jüngsten Forderung rufen wir: „Her mit der vierzigstündigen Arbeitszeit!“ Gegen Einschränkung der Lebenshaltung, gegen Lohn- und Gehaltsabbau, für die Wohlfahrt der Massen. — Weihnachten zwingt uns zur Besinnlichkeit. Ist das Leben heute für

Weihnachten

Zu unserem Titelbild

So ward der Herr Jesus geboren
Im Stalle bei kalter Nacht.
Die Armen, die haben gestoren,
Den Reichen war's warm gemacht.

Sein Vater war Schreiner gewesen,
Die Mutter war eine Magd;
Sie haben kein Geld nicht besessen,
Sie haben sich wohl geplagt.

Kein Wirt hat ins Haus sie genommen,
Sie waren von Herzen froh,
Daß sie noch im Stall sind gekommen,
Sie legten das Kind auf Stroh.

Die Engel haben gesungen,
Daß wohl ein Wunder gescheh'n.
Da kamen die Hirten gesprungen
Und haben es angesehen.

Die Hirten, die wollt es erbarmen,
Wie elend das Kindlein sei.
Es ist ein Gesichts' für die Armen
Kein Reicher war nicht dabei.

Ludwig Thoma †

die große Masse der Menschen ein Wohlgefallen, eine reine Weihnachtsfreude und Andacht? Nein, gewiß nicht! Wir stehen an einem tiefschwarzen Punkt der Welt- und Kulturgeschichte, da sich die Geister scheiden. Die einen leben in Luxus und Pracht, wie ihn die Welt nie gesehen. Ihnen dienen alle technischen Erfindungen, die Maschinen und leider auch die Menschen! Daß diese satten Besitzenden den bestehenden Zustand erhalten wollen, wäre zur Not verständlich. Daß aber die anderen, die schwer Arbeitenden und Bedrückten, ein Bild heillosen Zerfalls, Uneinigkeit und Feindschaft darbieten, bleibt der dunkelste Punkt der Menschheitsgeschichte. Wann kommt endlich die Wintersonnenwende der Menschheit, da der Einigkeitgedanke aller Schaffenden uns wieder aufwärts führt? Darum fort mit allem Hader und Streit, der die arbeitenden Menschen auseinanderreißt. Einheitlich muß die Arbeiterklasse zusammenstehen, denn bald ruft uns der Tageskampf zu neuen Anstrengungen, zur Aufklärung, zur Agitation für die Gedanken der Weihnacht: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ E. D.

Schwerer Angriff gegen das Tarifrecht

Gegen die an sich schon äußerst dürrige Regelung unseres Tarifrechts wurde vom Reichsarbeitsminister ein neuer schwerer Angriff gerichtet. Er hat den Gesamt-Verband und die am Tarifvertrag für den Kartoffelgroßhandel beteiligten Arbeitgeberorganisationen zu einer Verhandlung geladen, zur Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung dieses Tarifvertrages. Die Verhandlungen sind, wie ausdrücklich betont werden muß, vom Reichsarbeitsminister von Amts wegen eingeleitet worden. Weder die Arbeitgeber noch der Gesamt-Verband, aber auch keiner der sogenannten Außenleiter haben Veranlassung zu dieser Verhandlung gegeben. Die Tarifparteien schon deswegen nicht, weil der Tarifvertrag in voller Geltung ist. Demzufolge wurde in der Verhandlung von den Vertragsparteien erklärt, daß die Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung beiderseits nicht erwünscht sei, da die beabsichtigte Maßnahme der Reichsregierung in keiner Weise geeignet ist, eine Minderung der Kartoffelpreise im Kleinhandel herbeizuführen. Dessenungeachtet hat der Reichsarbeitsminister den Vertragsparteien mit bewundernswerter Geschwindigkeit mitgeteilt, daß die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages für die im Kartoffelgroßhandel beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer mit dem 15. Dezember 1930 aufgehoben wird mit folgender Begründung:

„Die im Kartoffelgroßhandel geltenden allgemein verbindlichen Tariflöhne belaufen sich in Berlin auf wöchentlich 78 und 68 Mk. Zu diesen Löhnen kommt während des Saisongeschäftes ein Zuschlag von 7 Mk., so daß sich Löhne von 85 und 75 Mk. ergeben. Der Aushilfsarbeiter bezieht einen Stundenlohn von 1,60 Mk., also einen Wochenlohn von 76,80 Mk. Diese Löhne sind selbst im Rahmen des verhältnismäßig gut entlohnten Transport- und Speditionsgewerbes als ungewöhnlich hoch anzusprechen. Dazu kommt, daß sie für den Absatz eines Lebensmittels anzuwenden sind, das eines der wichtigsten Grundlagen der Ernährung des gesamten Volkes darstellt. Die erhebliche Spanne zwischen Erzeugerpreis und Kleinhandelspreis für Kartoffeln ist zweifellos durch die Lohnkosten mit verursacht. Es kann nicht mehr vertreten werden, diese Löhne im Wege des staatlichen Zwanges der Allgemeinverbindlichkeit für den ganzen Preisbereich festzulegen und so einer kleinen Gruppe von Arbeitnehmern Arbeitsbedingungen zu sichern, die eine Sonderstellung gegenüber und auf Kosten der übrigen Arbeitnehmerhaft bedeuten. *gez. Dr. Stegerwald.*“

Diese Maßnahme des Reichsarbeitsministers, auch die völlig irreführende Begründung zu dieser Maßnahme müssen seitens der Gewerkschaften auf das schärfste zurückgewiesen werden.

Die in der Begründung angesprochenen Lohnsätze, die sich aus einem Zuschlag während der Saisonzeit ergeben, sind, soweit die Zuschläge in Frage kommen, an dem Tage, an dem die Allgemeinverbindlichkeitserklärung aufgehoben wird, nicht mehr in Kraft. Auch die in der Begründung aufgestellte Behauptung, daß ein Aushilfsarbeiter einen Wochenlohn von 76,80 Mk. erhält, ist falsch, da die Aushilfsarbeiter nur tageweise, meist nur stundenweise beschäftigt werden. Daß eine Senkung der Kleinhandelspreise für Kartoffeln mit dieser Maßnahme erreicht werden kann, ist gänzlich ausgeschlossen, wenn man bedenkt, daß in der gesamten Kartoffelversorgung in der Saisonzeit etwa 300 Arbeiter beschäftigt sind und daß in ganz Berlin etwa 175 Arbeiter normalerweise im Kartoffelhandel beschäftigt werden, wenn schließlich feststeht, daß in der zweiten Hälfte des Monats Oktober in Berlin etwa 4200 Waggons Kartoffeln vom Kartoffelgroßhandel mit etwa 300 Arbeitern umgesetzt, d. h. abgeladen und ausgefahren worden sind. Der Anteil der Löhne ist, wie aus diesen Zahlen ersichtlich, so gering, daß die Handelsspanne zwischen Erzeuger und Kleinhandelspreis von der Lohnsumme nur ganz unwesentlich beeinträchtigt wird. Es ist also der Angriff des Reichsarbeitsministers auf das Tarifrecht, soweit der Kartoffelgroßhandel in Frage kommt, ein Schlag ins Wasser und eine erneute Irreführung der Öffentlichkeit. Das gesamte Ergebnis könnte sein, daß einige Außenleiter die bisherigen Löhne nicht mehr weiterzahlen und den an den Löhnen eventuell erparten Betrag in ihre Tasche stecken, die Gewinnspanne also zugunsten der unorganisierten Unternehmer vergrößert würde, die Verbraucher jedoch den gleichen Preis wie bisher bezahlen.

Das Ungeheuerliche an dieser Maßnahme ist aber, daß einzelne Unternehmer zur Nichterfüllung bisher gewährter tariflicher Arbeitsbedingungen am liebsten angehalten werden. Diese amtliche Aufforderung kann praktisch nur für eine kleine Minderheit von Unternehmern Bedeutung haben, da die große Mehrheit der Kartoffelgroßhändler an den bestehenden Tarifvertrag gebunden bleibt.

Soll damit neben der einseitigen Begünstigung der Außenleiter ein Austritt der einzelnen Unternehmer aus dem am Tarifvertrag beteiligten Organisation zum Zwecke der Umgehung tarifvertraglicher Verpflichtungen von Amts wegen erwünscht sein?

Die Folgen sind schon ersichtlich. Unter dem 6. Dezember ging dem Gesamt-Verband folgendes Schreiben des Vereins der Kartoffelgroßhändler zu Berlin e. V. zu:

„Wie bekannt, hat der Reichsarbeitsminister mit Wirkung vom 15. Dezember 1930 die allgemeine Verbindlichkeit des geschlossenen Lohntarifvertrages laut Schiedspruch vom 18. Oktober 1929 aufgehoben. — Der Begründung, die der Reichsarbeitsminister gab, schließen wir uns in vollem Umfange an. — Leider ist durch die Aufhebung der allgemeinen Verbindlichkeitserklärung für die organisierten Arbeitnehmer und Arbeitgeber ein unhaltbarer Zustand geschaffen worden, und zwar dadurch, daß durch die nicht organisierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Unterbietung auf dem Arbeitsmarkt sowie auf dem Kartoffelmarkt sich ergeben muß. — Wir bitten daher höflich, zur Änderung des Schiedspruchs vom 18. Oktober 1929 um eine Verhandlung, andernfalls wir uns gezwungen sehen, den Schlichtungsausschuß anzurufen. — Wir bitten um Ihren umgehenden Bescheid.“

Es fehlt nur noch, daß die Schlichtungsausschüsse die Begründung des Reichsarbeitsministers dahin interpretieren, daß sie gehalten sind, dem Wunsche der Unternehmer Rechnung zu tragen und während der Gültigkeitsdauer eines Tarifvertrages Schlichtungsverhandlungen führen zu lassen.

Eine Kette von wirtschaftlichen Kämpfen gegen tarifuntreue Arbeitgeber und Einzelunternehmungen ist die zwangsläufige Folge aus dieser Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums. Oder glaubt man im Reichsarbeitsministerium, daß die Arbeiterschaft Verschlechterungen ihrer tariflichen Arbeitsbedingungen, die auf diesem Umwege herbeigeführt werden, kampflös hinnimmt?

Es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß der Reichsarbeitsminister mit dieser Maßnahme die Grenze des Erträglichen in äußerst bedenklichem Maße überschritten hat und daß diese Maßnahme, die in ihrer Wirkung auf die Preisgestaltung gleich Null ist, keine Wiederholung erfahren darf. Auch in der an sich schon mangelhaften rechtlichen Sicherung der Tarifverträge ist mit diesem bedenklichen Schritt des Reichsarbeitsministers eine neue Rechtsunsicherheit entstanden. Die einmal ausgesprochene Allgemeinverbindlichkeitserklärung hat nur einen Wert, wenn sie ohne Rücksicht auf alle sonstigen Umstände auf die Voraussetzung der überwiegenden Bedeutung im Gewerbe- oder Berufszweig begründet ist. Bisher sind, und zwar in ganz seltenen Fällen, Allgemeinverbindlichkeitserklärungen auch nur wegen Fortfall der Voraussetzung, nämlich der überwiegenden Bedeutung eines Tarifvertrages, aufgehoben worden. Wenn nun aber auch konjunkturelle Verhältnisse zur Aufhebung führen sollen, und das ist vom Reichsarbeitsminister eindeutig zum Ausdruck gebracht, dann bedeutet dies nichts anderes, als daß tarifvertragliche Bedingungen als preisbindende Abrede, die einer Preisenkung hinderlich im Wege stehen, angesehen werden. Schließlich muß der einmal beschrittene Weg dazu führen, daß Verbindlichkeitserklärungen solcher Tarifverträge, die für die Arbeiterschaft noch einigermaßen erträglich sind, aufgehoben und demzufolge auch nicht mehr neu ausgesprochen werden, also nur noch die schlechtesten Arbeitsbedingungen eine Voraussetzung für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung in sich bergen. Es käme also zu der durch die bisherige Preisgestaltung in keiner Weise begründeten Lohnabbauffensive, die in unerträglichem Tempo und Ausmaß beim Neuabschluß von Arbeitsbedingungen durch die staatlichen Schlichtungsorgane betrieben wird, und noch ein Generalangriff gegen die noch bestehenden tariflichen Abmachungen hinzu. In dem Ausmaß und in der Schärfe der Angriffe gegen die Existenzgrundlagen der arbeitenden Bevölkerung scheint es überhaupt keine Hemmungen mehr zu geben. Gegen die Unternehmer, gegen die Syndikate, Kartelle, Truste und künstlichen Monopole, die die Preisgestaltung mit ungerechtfertigten Gewinnen tatsächlich bestimmen, wendet die Regierung die gegen die Arbeiterschaft gerichteten Mittel nicht an. Beseitigung der durch die Kartelle usw. geschaffenen Preisbindungen, Zwangsmaßnahmen der Regierung zur Verhinderung ungerechtfertigter hoher Gewinne, strenge Maßnahmen gegen die weitere Ausplünderung des arbeitenden Volkes sind dankbare Aufgaben, die die Regierung erfüllen möge.

Die Arbeiterschaft wird alle Kräfte anspannen, um diese rückwärtslosen Angriffe auf ihr Tarifvertragsrecht zurückzuweisen.

Sch a u m.

Dem Gedächtnis Carl Legiens

Als am 26. Dezember 1920 Carl Legien der deutschen Arbeiterbewegung viel zu früh starb, trauerten um ihn Millionen Arbeiter Selbst ausgesprochene Gegner rühmten die ungeheure Leistung seines Lebens, seine Tatkraft, seine Sachlichkeit, seine Unbestechlichkeit. Als Sohn eines Steueraufsehers wurde Carl Legien am 1. Dezember 1861 in Marienburg geboren. Seine Mutter verlor er schon in früher Kindheit und nachdem der Vater mit den zahlreichen Geschwistern nach Thorn übergesiedelt war, wuchs er im städtischen Waisenhaus zu Thorn auf. 1875 kam er in die Lehre eines Drechslermeisters, bei dem er nach Beendigung einer fünfjährigen Lehrzeit nur noch kurze Zeit verblieb und dann auf die Wanderschaft ging. Er arbeitete hier und dort, tippelte durch Thüringen, nach Berlin, bis er 1881 zum Militär eingezogen wurde. 1886 schloß er sich dem Fachverein der Drechsler an. Vorstandsmitglied dieser Vereinigung war seinerzeit schon Th. Leipart. Legien stellte seine ganze Energie in den Dienst dieser Vereinigung. — Eine besondere Aufgabe wurde Legien zuteil, als er seine geistigen und organisatorischen Fähigkeiten an den Bestrebungen des Hamburger Fachvereins, die lokalen Drechslervereine zu einem Zentralverband zusammenzufassen, erproben konnte. Im August 1887, nachdem ein Kongreß mit Statutenberatung und die Gründung einer Fachzeitung für Drechsler vorausgegangen war, wurde die Vereinigung der Drechsler Deutschlands gegründet. Legien war ihr erster Zentralvorsitzender. Das war ein Ehrenamt in doppelter Bedeutung, anfangs sogar ohne Entschädigung. Tagsüber arbeitete er zehn Stunden als Drechslergeselle, nachts bewältigte seine ungeheure Arbeitskraft die Korrespondenz, die Ausarbeitung und Abfassung der Vorträge, Berichte und Artikel. Erst 1889 konnte die Zentralorganisation, die damals 2378 Mitglieder hatte, es wagen, ihn mit 700 Mk. Jahresgehalt zu besolden. Da dies nicht zum Leben ausreichte, mußte er durch Hausarbeit den anderen Teil seines Budgets hinzuverdienen.

Inzwischen war das Sozialistengesetz gefallen und größere Bewegungsfreiheit eingetreten, gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen zu schaffen. Auf der Konferenz der Gewerkschaftsvertreter im November 1890 standen organisatorische Auseinandersetzungen von weittragender Bedeutung für die Entwicklung der jungen Gewerkschaftsbewegung im Mittelpunkt. Legien plädierte für Berufsorganisationen als Grundlage der Gewerkschaftsverbände und für eine Zentralisation der Berufe. Ferner sollten sich die Verbände verwandter Berufe zu Gruppenorganisationen (sogenannten Unionen) zusammenschließen, um gemeinsam Unterstützungen von Streiks, Schutz bei Arbeitsaussperrungen usw. ermöglichen und gewähren zu können. Zu einer definitiven Beschlußfassung kam es aber auf dieser Konferenz nicht. Die gewählte Kommission, die einen allgemeinen Gewerkschaftskongreß vorbereiten, Abwehrstreiks führen und die allgemeine Agitation organisieren sollte, wählte Legien zu ihrem Vorsitzenden und gab sich den Namen Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Frage der Organisationsform war immer Gegenstand großer Auseinandersetzungen in den freien Gewerkschaften. Den von Legien geführten zentralen Berufsverbänden, die sich politisch möglichst neutral verhielten, standen zunächst die Lokalverbände gegenüber, die gleichzeitig antiparlamentarische, das sozialistische Ziel durch den Generalstreik erringende, politische Organisationen sein wollten. Legiens Idee setzte sich durch. Als aber die Lokalisten immer mehr ins syndikalistische Fahrwasser gerieten, sich vom Marxismus mehr und mehr zum Proudhonismus entwickelten und schließlich aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurden, weil sie dem Parteitagsschluß von Nürnberg im Jahre 1908, sich den Zentralverbänden anzuschließen, nicht nachkamen, waren sie für die deutsche Arbeiterbewegung erledigt. Abgesehen von einem Aufblühen während der Revolutionszeit, spielten sie seitdem in der Öffentlichkeit keine Rolle mehr.

In seiner Wirksamkeit als sozialdemokratischer Abgeordneter, der er von 1893 mit fünfjähriger Unterbrechung bis zu seinem Tode war, widmete sich Legien in seiner parlamentarischen Tätigkeit neben den ihm naheliegenden Arbeitsgebieten der Sozialpolitik und des Arbeiterschutzes vor allem auch dem Lebenskampf

der Arbeiterschaft der vormals kaiserlichen Werften. In sachlicher Beschwerde (unwürdige Behandlung, Mafregelung, Verweigerung des freien Koalitionsrechts) nahm er im Reichstag alljährlich bei Beratung des Marineetat das Wort. Ebenfalls korrigierte er fast alljährlich die amtliche Streikstatistik, die unvollständig und voller Fehler war. Die Gewerkschaften veranstalteten eigene Erhebungen und oft ist durch Legien die Mitarbeit der Gewerkschaften der Regierung angeboten worden, wenn man in den amtlichen Erhebungsformularen auf die Fragen des Kontraktbruchs, die allzu leicht als kriminelle Verfehlungen der streikenden Arbeiter ausgedeutet werden konnten, verzichtete würde. — Sein Werk war es auch, Verbindungen mit den Gewerkschaften anderer Länder durch die Gründung des Internationalen Sekretariats, dessen erster Sekretär und Präsident er von 1902 bis zur Sitzverlegung des Büros nach Amsterdam 1919 gewesen ist, angeknüpft



Radierung von Max Liebermann 1919

und den Gedanken internationaler Solidarität entwickelt zu haben. Die unberechtigten Vorwürfe über das Verhalten der deutschen Gewerkschaften während des Krieges, die von den Vertretern unserer internationalen Bruderorganisationen erhoben wurden, sind von Legien nachdrucksvoll abgewehrt worden. „Wir haben alles getan, was möglich war. Mehr Macht hatten wir nicht“, so rief er den Vertretern der Landeszentralen 1919 zu. Und immer vertrat er den Standpunkt, daß die Gewerkschaftsinternationale erst dann von Bedeutung wäre, wenn sie sich auf starke Landesorganisationen aufbaue. — Seine ganze Kraft aber setzte er daran, ein schnelles Kriegsende herbeizuführen. Die Reichsregierung erkannte immer mehr die Notwendigkeit, auch auf die Forderungen und Vorschläge der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft einzugehen. Legien versuchte mit dem damaligen Reichskanzler von Bethmann Hollweg über die Stattung politischer Freiheiten, über Friedensmöglichkeiten zu verhandeln, Verhandlungen, die allerdings zuerst noch ebenso erfolglos verliefen wie die erstatteten Proteste gegen Versammlungsverbote. Aber die Fundamente des alten monarchistischen volksfeindlichen Deutschlands begannen zu wanken. Und als dieses alte Deutschland 1918 zusammenbrach, war der Weg frei für eine größere Aktivität der Gewerkschaftsbewegung. Als Kommissar der Regierung gehörte auch Legien der deutschen Friedensdelegation an, die das ungeheuerliche Diktat von Versailles als den Nachlaß des Kriegs- und Vorkriegsdeutschlands dem deutschen Volke heimbringen mußte.

Eine nationale Tat, die in die Geschichte eingehen wird, eine Tat, die noch einmal seine ganze Entschlossenheit zeigte, war die von ihm geführte Organisation des Generalstreiks 1920, der den Kapp-Putsch niederwarf. Die ihm im Anschluß daran vom Reichspräsidenten Ebert angebotene Kanzlerschaft lehnte er ab. Seine Arbeit gehörte den Gewerkschaften. Obgleich schon die Krankheit, der er zum Opfer fallen sollte, an ihm zehrte, sehen wir ihn noch auf dem Außerordentlichen Kongreß des IGB. Ende November 1920 in London, wo er unter Aufbringung seiner ganzen Energie in einer eindrucksvollen, das Gewissen der ganzen Welt aufrührenden Rede gegen die schmachvolle Rheinlandbesetzung protestierte. Am 26. Dezember 1920 starb er.

Das war der Mann, den wir achteten und den wir liebten. Er jah die Aufgaben der Gewerkschaften in dem Kampf um bessere Existenzbedingungen, in der Umgestaltung der kapitalistischen Produktionswirtschaft, in der geistigen Befreiung und dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse. Die Tarifgemeinschaften, um die die Arbeiterschaft ein Menschenalter gekämpft hat, waren ihm eine Vorstufe zur Demokratisierung der Wirtschaft; die zu erstrebende Wirtschaftsdemokratie eine Vorstufe zur Sozialisierung als der einzigen menschenwürdigen Form der volkswirtschaftlichen Organisation. — Einen Teil dieser Forderungen hat er noch erfüllt sehen können. Bei seinem Amtsantritt als Vorsitzender der Generalkommission im Jahre 1890 zählte die junge deutsche Gewerkschaftsbewegung rund 300 000 Mitglieder, bei seinem Tode 1920 waren es annähernd acht Millionen. Wenn wir heute sein Gedächtnis ehren, geloben wir in seinem Geiste weiterzuarbeiten, bis das Werk, die Befreiung der Arbeiterklasse aus kapitalistischer Fron, vollbracht ist.

Weihnachten

Weihnachtsgedanken

Mur noch wenige Tage trennen uns von Weihnachten, dem „Fest der Liebe“, und dann singen von den Türmen alle Glocken „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“. Wie vielen wird aber das ins Herz schneiden, wie viele empfinden diese Botschaft als eine Heuchelei, wenn sie schon monatelang nach Arbeit und Brot suchen. Arbeitslos sein und Weihnachten feiern, wenn die Gedanken andere Wege gehen, wenn das Gehirn schmerzt vor Denken und die Füße nicht mehr wollen. Der Weg von heute war genau so vergebens wie der von morgen sein wird. „Gebt uns Arbeit“, das ist ein millionenfacher Wunsch, der als mächtiger Chor zum Himmel bräust. — Ihr Reichen und Satten in den Palästen, denkt ihr nicht an die Not eurer Menschenbrüder und -schwestern in den kalten, trostlosen Hütten. Ach nein, der Geist der Nächstenliebe hat keinen Raum mehr in unserem harten Zeitalter der Maschinenteknik, und die da und dort wirklich gegebene Weihnachtsgabe hat in den meisten Fällen mit Liebe nichts zu tun, ist nur kalte Berechnung. Das Fest der Liebe stirbt am Menschen. — Und doch, wer sich nicht gewaltsam sperrt oder wer nicht mit gänzlich verdorrter Seele lebt, wird immer von innerem Ansturm dieses Festes überwältigt werden. Sein Ursprung reicht in Schichten hinab, die tiefer, älter und ehrwürdiger sind, als die christlich-kirchliche Empfindungswelt. Von einer in primitivem Gemeinschaftskommunismus lebenden naturhaft und naturnah gebundenen Welt, ist einst der Naturmythos des Jul-Festes gesponnen worden. Das Fest der Nächstenliebe ist ein Fest der menschlichen Solidarität und Allverbundenheit.

Demokratie bedeutet: Ich bin wie du —; die Grundidee des Sozialismus aber ist: Du bist wie ich! Es gibt keine besseren Formulierungen unseres Weihnachtsgedankens. Ich bin wie du — darin steckt immer ein Stück wenn auch noch so berechtigter Rechthaberei; du bist wie ich — das entspringt einer anderen, seelischen Grundhaltung, das ist nicht mehr Forderung, sondern Gewährung, das ist das überzeitliche und autonome Element im Sozialismus, das noch bestehen bleibt, wenn unsere zeitlichen Forderungen: die Beseitigung von jeder Art Ausbeutung und die Aufhebung des monopolistischen Eigentums an Boden und Produktionsmitteln längst erfüllt sind. Wir wollen eine neue und würdige Beziehung von Mensch zu Mensch, deren Vorahnung wir in der Gemeinschaft der Familie, in unseren Organisationen und Zusammenschlüssen schon jetzt verspüren und die dereinst von der ganzen Lebensbreite Besitz ergreifen soll. Wenn wir das Wort „Genosse“ aussprechen, das dem Bürger so schwer über die Lippen will, dann fühlen wir das neue Lebensgefühl aufkeimen. Wir sind aus der Vereinzelung herausgetreten in den schöpferischen Bund, der von Gemeinschaftskräften durchblutet wird, und wissen im Glück der Verbundenheit die eigene Lebenssteigerung zu finden als dienendes Glied. Das ist die Aufrichtung des Sozialismus.

Aus manchem Proletarierhaus fällt trotz der Aermlichkeit am Weihnachtsabend ein zager Kerzenschimmer in die finstere Nacht. Möge auch in manchem Proletarierherz ein erster Schimmer dieser neuen Welt aufglänzen.

Nun sollen wir uns wieder auf Weihnachten freuen. Wie viele aber können es? Denn wie viele werden nur noch bitterer, wenn sie die Freude der anderen sehen und ihre Kinder ohne Freude

lassen müssen. Töricht sind jene Leute, die meinen, das werde dadurch geändert, daß der Vermögende einem oder zwei Kindern armer Familien auch eine Freude macht. Macht das nicht nur noch bitterer? Der muß schon sehr an seinem Stolz gelitten haben, der dafür dankbar ist, daß man seinen Kindern zu Weihnachten etwas schenkt. Die Hilfe an zwei ändert aber auch nichts an der Not und dem Schmerz der Tausenden und Hunderttausenden.

Darf man solche Feste noch feiern? Sind sie nicht ganz sinnlos geworden seit der Entwicklung der Wirtschaft, des Kapitalismus, die die Unterschiede zwischen den Menschen zu einer wahnsinnigen Furchtbarkeit gesteigert hat. Als die alten Germanen zur Zeit der

Sonnenwende ihre Feuerräder ins Tal rollen ließen, da waren sie alle einander nahe; Bauern, der eine stärker als der andere, der eine mit etwas mehr Besitz als der andere, aber alle verwandt, alle in gleichem Schicksal. Aber heute? Hier Glanz, Stolz und Macht, dort Armut, Verlassenheit und Hunger. Was soll da Weihnachten? Man muß sich immer wieder wundern, wie viele Menschen Weihnachten und Advent feiern — als gute Christen — und sie doch nur so gedankenlos und oberflächlich feiern, daß sie dabei ganz zufrieden sein können mit dieser Welt grausiger Unterschiede zwischen Menschen! — Wir sind nicht zufrieden mit diesen Unterschieden in menschlichem Schicksal. Soll es so bleiben? Hier Kinder in Verzärtelung und Ueberfluß und dadurch verdorben, dort Kinder in Hunger, Armut mangelhafter Erziehung und Bildung und dadurch um Gesundheit, Körperkraft, die Entwicklung ihrer Gaben und Kräfte gebracht, zu dunklem Lebenslos verbannt durch die Geburt. Sollen wir hier mit sinnloser Wohltätigkeit ein paar Wunden verbinden, während diese Gesellschaftsordnung immer mehr Wunden aufreißt?



Sonnenwendfeier

— Wir sind Sozialisten, und damit Weihnachten einen Sinn bekommt, damit Advent in wahrer Sehnsucht gefeiert wird, wollen wir kämpfen und ringen. Die zur Zeit der Sonnenwende um den flammenden Holzstoß versammelte Jugend, begeistert an dem zum Himmel lodernnden Feuer, rafft sich zu neuen Taten auf, will mit dem Steigen der Sonne vorwärts und aufwärts schreiten. Die Menschheit aus dem Winter des Kapitalismus zu erlösen, sollen sich alt und jung, Mann und Frau zu frohem Werk vereinigen. Solange wir aber in dieser furchtbaren Welt der Ungerechtigkeit leben, wollen wir die nicht vergessen, die in diesen schweren Wintertagen am bittersten leiden müssen. Was in unseren Kräften steht, wollen wir auch an diesem Weihnachten tun, um andere fühlen zu lassen, daß wir sie für Menschen halten, für wertvolle Menschen, die wir selbst mit unseren Kindern sein möchten. Wir wollen helfen, während wir uns sogleich schämen, daß wir helfen müssen, daß die Menschenwelt so ungerecht ist, Tausende zertritt, Tausenden von Kindern das Leben von Anfang an ohne Freude läßt, von Anfang an mit Unheil und Not füllt.

Wenn wir so helfen in einem wahrhaft sozialistischen Geist und Verstehen solchen Schicksals, dann wird auch aus solchem Helfen eine Ermutigung zu den anderen gehen. Sie werden an sich selbst glauben lernen, weil wir an sie glauben, und sie werden die Zukunftsbotschaft vernehmen und wieder froher mit eintreten in die Reihen derer, die mit uns kämpfen und ringen, daß es wahr werde, was uralte Sehnsucht träumte und uralte Botschaft kündete, wahr werde durch unser Tun und unsern Kampf, unsere nüchterne Arbeit, Organisation und Pflichterfüllung in der Bewegung des Proletariats! Friede auf Erden!

Es weihnachtet in Berlin..

Es weihnachtet in Berlin. Die Mäwen kreisen über der Spree, über den Häfen und Kanälen im Norden und Osten und stoßen über die Kaimauern der City in die künstlichen Christbaumwälder am Reichstagsufer und am Alexanderplatz vor.

Es weihnachtet in Berlin. Das sieht allerdings gar nicht so aus wie in der kleinen Stadt. Dort lehnt sich der „Weihnachtsmarkt“ in traulicher Abgeschlossenheit am „Rathausmarkt“ an die romantischen Kirchenfenster oder an das Rathausgitter an. Hier aber schleudert das amerikanisierte „Weihnachtsgeschäft“ seine Hunderte von „Filialen“ durch die großen Verkehrswege in die Außenviertel hinaus. Jeder Häuserblock, jeder Straßenknotenpunkt hat seine „Budenstadt“, seine Lebkuchenmänner, Spielzeug-

verkäufer, Wurstmagazins und seine Ballonfrühen und überall tönt das „O, du fröhliche!“ nach Leierkasten- und Jazzmanier durch den „Christbaumwald“. — Beim großen Weihnachts-geschäft aber macht es das Tempo allein. Das alte Preußen stirbt und — Amerika triumphiert. — Den größten Weihnachtsrummel hat die deutsche Filiale des Woolworth Building arrangiert. Das größte Haus von New York, der Wolkenkratzer, der die Insel Manhattan und die Rede um die Befreiungstatue beherrscht, drückt dem Berliner Weihnachtsmarkt 1930 den Stempel auf! Die „Epa“, die Einheitspreis-AG, die Konkurrenzfirma des amerikanischen Milliardärs Woolworth, hat ihre Schaufenster von Kopf bis Fuß auf „Weihnachten“ eingestellt. Weihnachtsmänner baumeln zwischen den Kerzen und Tannenreisern. Farbige Kugeln und bunte elektrische Birnen geben dem Berliner Weihnachts-Einheitsgeschäft das geforderte weihnachtliche Milieu. Ueberall befindet sich sogar ein lebendiger Weihnachtsmann im Ladenfenster, der neuartiges Kinderspielzeug vorführt und für die modernsten Attraktionen des amerikanischen Weihnachtsmarktes Reklame macht. Neben mir stöhnt eine etwas fettige breitgebaute Dame: „Gott, wieviel Humor hat der Mann!“

In einem Vorgarten am Kemperplatz erstrahlt jeden Abend bei Einbruch der Dunkelheit eine große Tanne in ihren elektrischen Kerzen. So eine Art „Weihnachtsbaum für alle“ in der Riesenstadt Berlin. In der Kleinstadt mag das vielleicht ganz gut gedacht sein — und der kleine Mann freut sich, wenn irgendein Krösus ihm einen Tannenbaum auf die Straße stellt. In Berlin aber wirkt es nicht ganz echt — vor allem nicht am Kemperplatz, wo sich die Automobile der Reichen um das Karussell der Siegesallee unermüdlich drehen auf der Fahrt zu den Theatern Unter den Linden und auf der Rückfahrt zum Grunewald.

Das moderne Großstadtkind, das die weihnachtliche Romantik der Kleinstadt entbehren muß, sucht sich natürlich irgend einen „Ersatz“. Den findet es, soweit der Geldbeutel des Vaters es gestattet, in der Groß-Berliner Vergnügungsindustrie.

Da bietet ein großes Filmtheater am Nollendorfplatz ein Kinderkabarett. Da offeriert das Haus Vaterland eine „Kinderspieltube in Grinzing“. „Eintritt für jedes Kind einschließlich Milch oder Schokolade 60 Pf.“ Da inseriert die „Sezession“ am Kurfürstendamm ein „Puppen-Krippenspiel“, der bitterböse König Herodes sitzt dort auf dem Thron, von den Hirten und den „drei Königen“, mit ihrer morgenländischen Pracht flankiert und fährt von zwei fürchterlichen Teufeln geplagt, schnurstracks in die Hölle hinein.

Dort offeriert die Direktion Charell den kleinen Gustl Stark-Gstettenbauer als jugendlichen Taufensassa in der Kinderrevue „Gustls Weihnachtsüberraschung“ im Großen Schauspielhaus. Jeden zweiten oder dritten Nachmittag versammelt sich in dem

großen Zirkus an der Spree eine Gemeinde von 5000 bis 10 000 Kindern, denen der kleine Gustl mit dem Revue-Apparat der Firma Charell die Zeit vertreibt. Da gibt es zu sehen: Riesenpuppen, die da tanzen, frisch aus der Spielzeugkiste heraus. Da gibt es Elfen und Märchenprinzessinnen, Zwerge und Riesen, Hunde und Elefanten, kurz und gut, da dreht sich das bunte Theater einer Weltrevue um den kleinen Kinderkopf.

Gustl erklärt, daß er ganz besonders gern vor Kindern spielt. Das glauben wir ihm auch. Er sagt, er mache jeden Kopfsprung und jedes Radschlagen noch einmal so gern, wenn dort unten die kleine Masse der Kinder tobt. Man gönnt den zehntausend Kindern im großen Zirkus die kleine Freude, die den „Blaggesichtern“



Weihnachten
Aus dem Kalender „Kunst und Leben“, Verlag Fritz Heyder, Berlin-Zehlendorf

der Riesenstadt allerdings das Weihnachten da draußen am flachen Land nicht zu ersetzen vermag. — Jemandwer hat ausgerechnet, daß man in Berlin jede Weihnachten 18000 Gänse — frißt. Bei einer derartigen Portion kann man ja wohl nicht gut von „Essen“ reden. Dieses Armeekorps von Weihnachtsgänsen wird natürlich auch im „Großbetrieb“ hergestellt. Im Oderbruch bei Neu-Trebbin befindet sich diese Riesen-Gänsefarm von Berlin. Dort treibt man die Gänse in riesigen Kolonnen aus Polen und Litauen zusammen und mättet sie erst. Zuerst kommen sie auf die Weide, dann geht man zu „schwereren Sachen“ über. Es wird ein besonderes „Maistfutter“ gemischt und in Massen verabreicht. Wenn es dunkel wird über dem Dorf, dürfen die Gänse noch lange nicht schlafen. Elektrische Lampen lügen ihnen ein trübes Tageslicht vor. Im Dunkeln würden sie nämlich aufhören zu fressen und anfangen zu schlafen und das will der Gänsehändler natürlich nicht. Darum legen sich phantastische Lichtinseln über den Oderbruch, um dem Magen der Millionenstadt Berlin den Weihnachtsbraten möglichst schmackhaft vorzubereiten. Ein Griff. Ein Ruck. Ein Zuck. Die Gans fliegt in den draußen wartenden Waggon und rollt in die Geflügelhalle der Riesenstadt.

Jemandem fixer Kollege hat in diesen Tagen das „schönste Spielzeug von Berlin“ festgestellt, das man im Lauf der Jahre fast völlig vergessen hat. Nämlich das Panzerfort Sanssouci. Das kennen Sie nicht? Sie wissen nur etwas von dem Park, den Terrassen und der Windmühle am Lieblingschloß des Alten Fritz? Dieses Panzerfort ist nämlich ein Spielzeug der kaiserlichen Prinzen gewesen. Jetzt fault es versteckt zwischen den Büschen des Parkes. Vom Regen zerwaschen, vom Gras überwuchert, fristet dieses Spielzeugfort sein verstecktes Dasein. Ein richtiges kleines Fort mit allen Schikanen der neuesten Technik, eine Nachbildung der Befestigungen von Helgoland, die die Firma Krupp seinerzeit den Prinzen zum Weihnachtsgeschenk gemacht hat. Die Geschütze und die Panzerkuppeln aber rosten in irgendeinem Keller des Neuen Palais oder vielleicht hat sie gar die Schloßverwaltung an irgendeinem Altwarenhändler verkauft. Sic transit gloria mundi!

Die Kehrseite des Berliner Weihnachtsfestes ist der gerade heuer besonders trübselige Weihnachts-Arbeitsmarkt. Es gibt nämlich Betriebe, die sonst zu Weihnachten die übliche „Winterarbeitslosigkeit“ unterbrechen und eine Anzahl von Neueinstellungen vornehmen. Kaufhäuser, Spielwarenläden, Konfektionshäuser und so fort. Heuer ist keine Rede davon. Kein Geschäft stellt neue Kräfte ein. Man ist froh, mit dem Stammpersonal auch über das Weihnachtsgeschäft hinwegzukommen. Eine traurige Weihnachtsmelodie am Arbeitsmarkt! h. Sch.

Das Weihnachtserlebnis des Mister Roß

Am Heiligabend kam Mister Roß, in Firma Roß u. Co., in Hamburg an. Er hatte geschäftlich in Deutschland zu tun, und da es wohl dreißig Jahre her war, seit er zuletzt ein echtes deutsches Weihnachtsfest mitgemacht hatte, wurde er sentimental und statt in sein Hotel, beschloß er zunächst auf den Weihnachtsmarkt zu gehen. Er überließ es einem der Hotelbiener, die den Anlegekai umlagerten, sein Gepäck zu besorgen, und lenkte seine rüstigen Schritte zur Altstadt.

Bald schon umgab ihn der Trubel bunten Lebens. Wunderkerzen warfen tausend lockende Sterne in das Dunkel, bunte Glaskugeln flimmerten im Licht zitternder Karbidflammen und die Schreie der Spielwaren- und Lebkuchenhändler umbrandeten sein

Ohr, Schlacker Schnee fiel und wurde zu grauem Matsch, ehe er den Boden erreichte. Ein Knabe haute sich vor Mister Roß auf und bot ihm ein Paket Kerzen zum Kauf an. Er sah die dünnen Kleider des Blaugefrorenen und gab ihm ein Geldstück. Der Knabe, aus Furcht, er müsse das unerwartete Geschenk zurückgeben, bedankte sich kaum und eilte fort. Eine alte Frau saß am Wege und verkaufte Engelshaar. Er gab auch dieser Frau eine Kleinigkeit, aber unangenehm berührt von all diesen Elendsgesichtern und dieser Geschäftigkeit, die dem Weihnachtsfeste, das in seiner Erinnerung lebte, alle Poesie nahm, verließ er den Trubel und stand nach kurzer Wanderung in einer dunklen Gasse. Trunkene umlärmt ihn. Ein Weib sprach ihn an und begann zu schimpfen, als er, ohne sie anzuhören, weiterging. Plötzlich tauchten zwei Männer vor ihm auf und vertraten ihm den Weg. Er wollte sich an ihnen vorbeischieben, da zischte der eine ihn an: „Her mit der Marie, oder...“

— Mister Roß versuchte einen Kinnhaken anzubringen, doch da hatte er von dem anderen bereits einen Schlag in der Magengrube sitzen, daß er taumelte. Ein Schlag auf den Schädel nahm ihm den Rest seiner Besinnung.

Eine Ewigkeit verging, bis er wieder zu sich kam. Ein dumpfer Schmerz im Schädel erinnerte ihn an das Geschehene. Er betastete seinen Körper. Die Brieftasche fehlte und als er genauer fühlte, merkte er, daß man ihm auch die Kleider ausgezogen und in die Lumpen dessen gesteckt hatte, der ihn überfallen. Mit innerem Ekel stellte er das fest. Dann tastete er sich aus dem Winkel, in den man ihn geschleppt, auf die Straße heraus. Es war sehr kalt.

Mühsam arbeitete Mister Roß sich vorwärts. Endlich traf er einen Schutzmann. Der wartete nicht erst, bis er ihm seinen Fall vortrug, sondern fuhr ihn in einem Ton, der gemütllich sein sollte, an: „Na, Männchen, wo willst du denn hin? Hast wohl keine Bleibe, was?“

„Ich bin beraubt worden“, versuchte Mister Roß seine Situation zu erklären.

Aber der Schutzmann sagte nur: „Mach keinen Schmus. Du suchst eine Bleibe, nicht wahr? Na, dann komm mit.“

Sie betraten das Wachtlokal. Einer der anderen Wachtleute drehte sich auf seiner Pritsche herum und fragte: „Was bringst du denn da für eine Nummer?“

„Armer Deubel. Hat keine Bleibe. Gib ihm eine warme Zelle.“

Der Beamte stand auf, nahm ein Schlüsselbund von der Wand und ging auf den Amerikaner zu. „Komm mit. Hast Kofldampf? Da, nimm das Stück Brot mit. Von uns ist's doch heute keiner mehr.“ Dann schob er ihn in eine Zelle. Am anderen Morgen nahm ein Beamter seine Personalien auf. Wieder machte Mister Roß den Versuch, seinen Fall zu erzählen. „Schon gut“, sagte der Beamte, „wo geboren?“

Roß nannte den Namen einer deutschen Stadt.

„So? Ich denke, Sie wären Amerikaner?“

„Ich wohne in New York!“

„New York? Sie meinen wohl das Negerdorf? Oder gibt's in St. Pauli jetzt eine Kneipe, die so heißt?“

„New York, habe ich gesagt“, antwortete Mister Roß.

„Nun, meinetwegen New York“, sagte der Beamte lächelnd, „bis Mittag kennen wir dich doch, alter Freund. Und wehe dir, wenn du geschwindelt hast!“

Man führte ihn in seine Zelle zurück und ließ ihn warten. Lange nach Mittag kam ein Beamter in seine Zelle und sagte: „Sie können gehen. Es liegt nichts gegen Sie vor. Aber melden

Sie sich heute rechtzeitig obdachlos. Morgen früh ist nochmal Besprechung. Hier können wir nichts für Sie tun.“ —

„Ich habe noch eine Anzeige zu erstatten.“ — „Anzeige? Das ist aber gut. Eine Anzeige. So, so. Na, dann geh'n Sie mal die nächste Treppe hoch. Wenn Sie rauskommen, rechts. Erster Gang links, Zimmer 89.“ — Aber Zimmer 89 war an Sonn- und Feiertagen und Sonnabends nachmittags geschlossen. Also stieg Mister Roß die Treppen wieder hinunter. Aber da er seine Anzeige ja auch noch nach den Feiertagen machen konnte, beschloß er, jetzt erst mal in sein Hotel zu gehen, nach seinen Koffern zu sehen, ein Bad zu nehmen und sich umzuziehen. — Endlich stand er vor der prunkvollen Eingangshalle des Hotels, dessen Hausdiener er gestern seine Koffer anvertraut hatte. Er ging durch die große Drehtüre. Schon schlug ihm die angenehme Wärme des Dorraums entgegen, da hielt der Portier ihn fest. — „He, Sie, wo wollen Sie hin?“ — „Ich wohne hier.“ Der Portier lachte. „Das er-

zählen Sie Ihrer Großmutter, aber nicht mir.“ — Lassen Sie mich vorbei. Ich muß den Direktor sprechen.“

„Mensch, nun werden Sie bloß nicht frech. Das Assl für Obdachlose ist zwei Straßen weiter.“

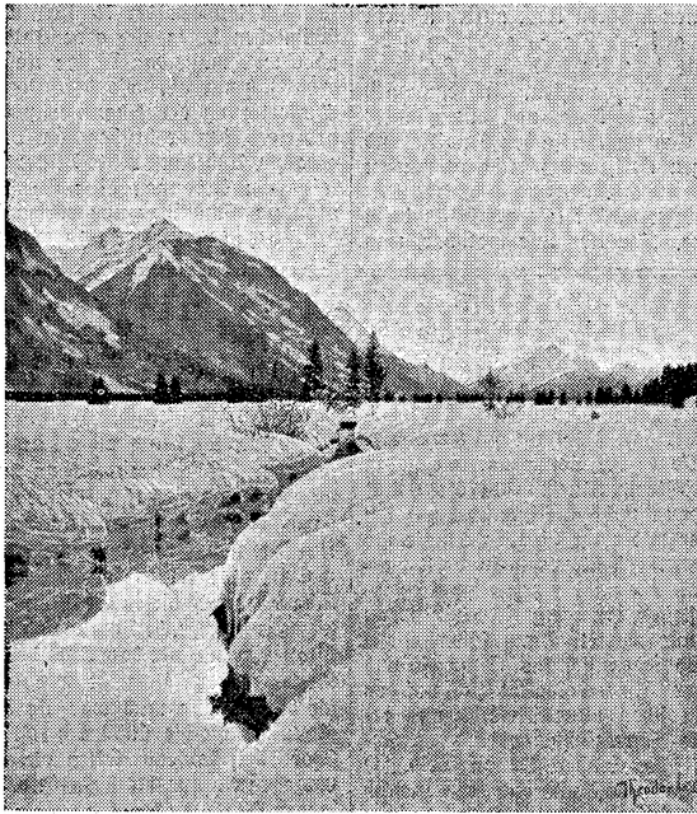
Leute beganen sich anzusammeln — sie schimpften über die anmaßende Art der Dagabunden.

Mister Roß war es peinlich, im Mittelpunkt dieses Auflaufs zu stehen und ging fort. Er überlegte, wie es ihm gelingen könne, an dem Portier vorbei in das Hotel zu kommen, aber das schien unmöglich zu sein. Er mußte telefonieren, aber selbst dazu fehlte ihm die Möglichkeit, da er keinen Pfennig in der Tasche hatte.

Mühselig, von den Passanten bemitleidet oder belächelt, torkelte er durch die Straßen der Stadt. Es dunkelte schon und da und dort flammten hinter den Fenstern die Lichter eines Weihnachtsbaumes auf. Er hörte die Stimme singender Menschen, aber er war ausgeschlossen von ihrem Glück. Und warum? Nur weil ein Mensch, der sich vermutlich in der gleichen Situation befunden hatte, wie er sich jetzt befand, ihm die Kleider geraubt hatte, deren Besitz allein die Teilnahme an all der Glückseligkeit dieses Festes der Freude und Liebe möglich machte. Bitterkeit floß in seine Gedanken, aber es war nicht mehr die Bitterkeit gegen eine Welt, die den Menschen, der in schlechten Kleidern geht, ausschließt von ihrem Licht.

Allmählich verlöschten die Weihnachtsbäume. Die Stimmen des Abends schwiegen. Die Nacht kam. In einem Häuserwinkel fand er kurzen Schlaf, aus dem ein alter Straßenfeger ihn lange nach Mitternacht weckte.

„Mensch“, sagte der, „du frierst ja tot. Komm, trink erst mal einen warmen Schluck Kaffee. So. Und hier ist auch noch eine Stulle. Und nun warte mal. Wir sind gleich fertig. Dann gehen wir nach Hause. Hast ja doch noch keine Bleibe für die Nacht.“



Winterfriede im Graswängtal

Motiv aus Oberammergau

Mister Roß versuchte wieder seine Geschichte zu erzählen.

„Sag man,“ sagte der Straßenarbeiter, „hat uns allen mal besser gegangen. Aber nun sind wir alt. Hast auch schon deine Fünzig auf dem Buckel, was? Na, nun komm.“ Sie betraten ein kleines Haus am Rande der Stadt. Die Haustür knarrte. „Pst“, sagte der Arbeiter, „meine Alte schläft. Braucht nicht zu wissen, wen ich ihr da mitbringe, sonst steht sie erst auf und kocht Kaffee und all so'n Schmus. Da hast du ein paar Decken und wenn du auf mußt, stoß den Weihnachtsbaum nicht um.“

Mister Roß legte sich auf die breite Sofabank, die hinter dem Küchentisch stand. „Gute Nacht“, sagte der Arbeiter noch.

„Gute Nacht.“ Dann war er allein und schlief ein.

Als er erwachte, war es heller Tag. Erstaunt umstanden ihn die Kinder des Arbeiters, der schon auf war. „Na, Mutter, was hab' ich da aufgekehrt“, sagte der zu seiner Frau. Sieht er nicht anständig aus? Wenn wir ihm einen anderen Rock anziehen, sieht ihm kein Mensch an, daß ich ihn auf der Straße gefunden habe, was, Mutter? Und wie ist's mit dem Kaffee? Und seß' mal Kuchen auf den Tisch. Wozu ist denn Weihnachten. Und dann sieh nach, ob im Schrank nicht noch eine alte Jacke von mir hängt!“

Mister Roß blieb den ganzen Tag im Kreise der Familie und schlief am Abend in einem richtigen Bett, das zurecht zu machen die Frau sich nicht nehmen ließ.

Als sie dann am anderen Morgen wieder alle gemütlich beim Kaffeetisch saßen, kam die Zeitung. „Nu lies uns mal vor, was

die Feiertage passiert ist“, sagte der Vater und biß schmauzend in das letzte Stück Kuchen, das von den Feiertagen noch übrig war.

Die Frau machte sich über das Lokale. „Nee sowas“, sagte sie plötzlich, „was es doch für Menschen gibt. Nee, nee!“

Und dann las sie eine fettgedruckte Notiz über das seltsame Verschwinden eines Amerikaners am Heiligen Abend vor. Meldungen in dieser Angelegenheit seien bei der Mordkommission des Polizeipräsidiums zu machen.

„Da muß ich hin“, sagte Mister Roß. — „Was wissen Sie denn von der Geschichte? Sie haben doch nicht etwa selbst... Um Gottes willen“, sagte die Frau, „machen Sie keine Geschichten, Mann!“

„So herum nicht, liebe Frau. Aber der verschwundene Amerikaner, das bin nämlich ich!“

Auf der Polizei war man sehr erstaunt, daß der große Fall, für den man in der Registratur schon einen Aktenschrank hatte freimachen lassen, sich ohne Aktenberg aufklärte. Noch erstaunter aber war man, daß Mister Roß keinerlei Anzeige erstattete. Er erbat sich nur als besondere Vergünstigung die Beschleunigung der Ausfertigung der Ausreisepapiere für die Familie des Straßenarbeiters, den er drüben zum Verwalter seines Hauses zu machen gedachte. Und dann reiste Mister Roß nach Amerika zurück mit sehr seltsamen Gedanken über Christentum, bürgerlich-göttliche Weltordnung, Smokings und verwandte Gebiete.

Eric Grisari. „Das lustige Buch des Bücherkreises“.

Einkehr des Herzens

Wie Eiszapfen hängen die Sterne über uns. Es ist ein blankgeputzter Winterhimmel, groß und in metallischem Glanz. Wenn ich den Kopf aus dem Fenster stecke, und ich will das, huh! wie mich da der Wind anpeißt und mir fast die Haut splittert. Am Mittag strömt uns das rotgelbe Feuer der Sonne an, wir stehen dann wie in Kupfer gegossen und trommeln uns in die Hände und sind heiter, denn wir sehen dann recht gut aus mit unseren jungen Jahren, wenn uns auch der mit einer schrillen Fiale jäh zusammengebrochene Krieg ein wenig hohlwangig und schmalbrüstig gemacht hat.

Man muß nachts am Fenster stehen, einmal ganz allein, wenn es still ist und der Himmel auf uns wartet. Dann fallen einem die Erinnerungen an, blutige, und setzen sich ins Herz fest und wollen noch einmal aufleben. Der Himmel spaltet sich und es bricht das alles hervor, was wir schon einmal erlebt und erlitten haben, vor Jahren, all die Schrecklichkeiten des menschlichen Lebens, Habgier, Feindschaft, Irrglauben, Verrat, Leid, die Qual der Jahrtausende. Wenn du allein bist und dich kein Mensch das Gefühl für deine fragwürdige Existenz, Wichtigkeit und Sicherheit empfinden lassen kann, ruft eine Stimme in dir: Derwandle dich! — Nun, ich will es tun vor euch und alles abwerfen, was mir ein Gesicht gab: brutal, häßlich, voll Undurchsichtigkeit. Siehe, ich bin auch ein Mensch, klein, verängstigt, unsicher und verliert in die Köstlichkeiten der menschlichen Seele, die nicht der Tag verträgt; denn darin muß man hart sein und kämpfen. Aber laßt nicht, es ist keine Flucht ins Jenseits, dieses Leben in Verlorenheit, und man braucht sich nicht zu schämen, einmal das zu sein, was man auch ist: glücklich im Schmerz. Es ist nun meine Mutter, die zehn Jahre tot ist und die ich liebe in einer heiligen und schmerzlichen Verzückung. Sie war es, die mich der Welt gab, ein schwaches, arbeitendes Weib, schwankend zwischen Tod und Leben, mich einsetzte in den Kreislauf des irdischen und himmlischen Geschehens und mich all die Wunder des Lebens leben, leiden, bewältigen und erkämpfen ließ. Dann trug sie mich die Jahre hindurch in warmer, mütterlicher Obhut durch ein Dasein von äußerer Dürftigkeit. Aber dieses Einander waren bunte Feste der Liebe, die wir feierten, und glücklich strömten wir einher im stolzen Gefühl der menschlichen Verbundenheit. Ich war ein wilder, drausgängerischer Bursche und donnerte durch die Gegend, daß die Erde stob und die Anverwandten mich versuchten. Ja, ich habe der Frau viel Kummer und Schmerz bereitet. Aber wenn sich dann jene knabenhafte Tollheit ausgetobt hatte, fand ich heim zu dem unversiegbaren Quell mütterlicher Güte. Sie verstand mich. Diese drei Worte, fast eine Blasphemie im Ohr, sind mir die köstlichste Erinnerung, die ich mit mir herumtrage. Ich war noch nicht vierzehn Jahre alt, da starb sie, aus eigenem Willen, auch ein Opfer des Krieges, und es war, als ob der Himmel zerriß und ein metallener Wind auch meine Erde wanken machte.

Seit jenen Tagen, da meine Mutter mich allein ließ, bin ich nicht mehr ruhig geworden. Es ist, als ob ein Sturm in mir wütet

und mich zerreißt. Wenn es allzu arg wird, springe ich durch die Straßen, irrsinnig, verlassen, hungrig nach einem mütterlichen Wort, bis ich erschöpft zusammenbreche.

Wenn ich heute noch lebe, ein einigermaßen totrechter Kerl bin, der brüllen kann, wenn es nottut, und manchmal ein Ding auswischt, daß Narben bleiben, so gibt mir die Tote die Kraft dazu. Aber wenn man manchmal glücklich zu sein scheint, sei es im Wirbel unserer Zeit, die wir alle lieben und die wir gestalten wollen, oder sei es im Kuß der Geliebten, immer schneidet ein Schwert durch dieses Besitztum. Blut tropft wie Gift in die sich niemals schließende Wunde und ich stehe wieder allein. Es ist keine Eitanei, wenn wir das Beste beklagen, und wenn es eine ist, laßt nicht darüber. Verzeiht mir dieses egoistische Eingeschlossensein, ich bin es, für mich war die Mutter das, was mich höher und gläubiger machte und mich fast aus dem irdischen Gesetz hinaus hob. Mit tausend Ketten bin ich an sie gefesselt und mein Blut vergeht in ihrem irdischen Leib.

Wenn es Weihnacht ist, feiern wir das Fest unserer Zusammenkunft. Und sie sagt mir dann, was ich tun muß, um ihrer unvergänglichen Liebe wert zu sein. Sie wird dann wieder ganz lebendig in mir. Ist schlage mir Stufen zu ihrem Himmel, der irgendwo ist, hier, in meinem Zimmer, und wir lieben uns dann heiß in magischer Nähe. Ja, und dann öffne ich die Fenster und dann kommt die Nacht herein. Die Sterne klingen. Glocken auch.

Das sind die Stimmen und Gesichte, die sich aufrühren und bereit machen für ein neues Dasein. Das sind Verdorfaltungen der nachdauernden Erinnerungen und sie sind wert, nochmals gelebt zu werden. Wir haben es alle nötig, denn der Tag frißt uns und die Besinnung fehlt. Wir sind alle noch nicht einfach genug; unsere Moral ist oft nur die Brutalität eines Kampfes, dem wir gehören müssen. Wir sind alle noch nicht reingewaschen von Schuld. Wir schlagen uns oft noch durch Keußerlichkeiten, und den Menschen in uns verstocken wir hinter einem Wall von Haß und Begierde. Wer viel erlebt und gelitten hat, haßt nicht. Er lächelt nur über die Nichtigkeiten unseres Daseins. Ich schelte nicht den gerechten Zorn und den Aufruhr des Herzens. Beide sind die strafende Peitsche, die über Verrat und Bedrücker hängt. Alle Stifter und Propheten der Weltreligionen, deren Sakramente und Gehegestafeln entheißigt und zerstört sind, klopfen, ewig Heimatlose, an unsere Tür. Wenn wir nun in den Himmel schauen, ein wenig beglückt schon, und der Duft der ewig grünen Tanne über uns weht, sammelt sich das Herz zur großen Einkehr. Ja, dann rinnt auch ein Leuchten über unser erfrorenes Antlitz, und wir fassen uns stumm in die Hände und wollen wirklich machen, was der Traum der Jahrtausende ist: Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!

W. G. Oschilewski.

Notverordnung und Gemeindefinanzen

Die Finanznot der Gemeinden wächst von Tag zu Tag und mit ihr die Gefahren, die von hier aus der weiteren Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland drohen. Unter diesen Umständen hätte man von der neuen Verordnung des Reichspräsidenten zur „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ eine schnelle und wirksame Hilfe für die Gemeinden erwarten müssen. Aber im Gegenteil: Man kann sagen, daß durch die Verordnung den Gemeinden nicht Lasten abgenommen, sondern ihnen aufgebürdet werden.

Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden werden ebenso wie die Reichsfinanzen entscheidend beeinflusst durch Dauer und Ausmaß der Wirtschaftskrise und ihrer sichtbarsten Folge: der Zahl der Erwerbslosen. Je länger aber die Krise andauert, um so größer wird die Zahl derer, die aus Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge ausscheiden und in die kommunale Wohlfahrtsunterstützung übergehen. Die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen betrug in den Städten über 25 000 Einwohner:

| | | | |
|-----------------------|---------|------------------------|-------------|
| Ende Dez. 1929 . . . | 245 000 | Ende August 1930 . . . | 445 000 |
| Ende April 1930 . . . | 328 000 | Ende Sept. 1930 . . . | 479 000 |
| Ende Juni 1930 . . . | 373 000 | Ende Nov. 1930 . . . | 650—750 000 |

Für das Ende des Jahres muß mit einem weiteren Ansteigen auf mindestens 750 000 bis 850 000 gerechnet werden. Das ergibt also für das Rechnungsjahr April 1930 bis März 1931 als durchschnittliche monatliche Mindestzahl 550 000 bis 600 000 Wohlfahrts-erwerbslose. Diese erfordern einen jährlichen Unterstützungsaufwand von etwa 450 bis 550 Millionen Mark. Hinzu kommt der Anteil der Gemeinden an der Krisenfürsorge (ein Fünftel der Aufwendungen des Reiches), der für das laufende Rechnungsjahr mit 80 Millionen nicht zu hoch

gegriffen sein dürfte. Es ist selbstverständlich, daß bei solchen vollkommen unvorhergesehenen Ziffern alle auf ganz anderen Voraussetzungen aufgebauten Gemeindefinanzen ins Wanken gerieten. Die allgemeine Krise bewirkte außerdem ein Zurückbleiben der Steuereinnahmen hinter den erwarteten Beträgen. So ist es kein Wunder, wenn man für 1930/31 den Gesamtfehlbetrag aller Gemeindefinanzen auf rund eine halbe Milliarde schätzt, wovon je 250 Millionen auf Ausgabensteigerungen und Einnahmehausfälle entfallen. Kein Wunder auch, daß die Schulden rapid ansteigen. So betrug die Zunahme der Schulden pro Kopf der Bevölkerung im zweiten Vierteljahr 1930 in Berlin 9,46 Mk., in den Großstädten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes 14,37 Mk., in den sächsischen Großstädten 9,82 Mk. und im Durchschnitt aller deutschen Großstädte 11,58 Mk. Es ist keine unverantwortliche Schwarzmalerei, wenn festgestellt wird, daß eine Anzahl Städte vor dem völligen Zusammenbruch ihrer Finanzen, d. h. vor der Zahlungseinstellung stehen, wenn ihnen nicht bald Hilfe zuteil wird. Dabei ist der Höhepunkt der Krise für die Städte selbst dann nicht erreicht, wenn die Zahl der Arbeitslosen nicht weiter zunehmen würde; denn die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen steigt ja vorläufig noch rein automatisch an.

Was hat nun die Regierung getan, um den Gemeinden wenigstens einen teilweisen Ausgleich ihrer erschütterten Haushalte zu ermöglichen?

Durch die erste Notverordnung vom 26. Juli wurden die Gemeinden berechtigt und in Fällen besonders hoher Belastung verpflichtet, die Gemeindebesitzsteuer oder die Bürgersteuer oder beide nebeneinander zu erheben. Daneben bestand noch



**Mit diesem Film kann doch das Volk nicht mehrhaft gemacht werden.
Haben Sie so etwas im Felde gesehen?
Nein — das gab's in der Etappe nicht.**

die Möglichkeit, die Grund- und Gewerbesteuern (Realsteuern) zu erhöhen, sofern diese noch nicht übermäßig angespannt waren. Auch die unaufhaltsam steigenden Wohlfahrtsausgaben konnten mit den Erträgen dieser Steuern nicht im entferntesten gedeckt werden. Die neue Verordnung vom 1. Dezember hat daher weitere Erhöhungen von Gemeindesteuern gebracht. Da die Änderungen für die Arbeit in den Kommunen von größter Bedeutung sind, sollen sie etwas eingehender dargestellt werden.

Die Bürgersteuer. Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist es nach Ueberwindung erbitterten Widerstandes und durch Anwendung des schärfsten politischen Druckes gelungen, der Bürgersteuer in ihrer bisherigen Form die schlimmsten Giftzähne auszubrechen. Die Forderungen des im Haushaltsausschuß des Reichstages bereits angenommenen sozialdemokratischen Antrages sind in der Notverordnung vom 1. Dezember verwirklicht. Die erreichten Verbesserungen bestehen in einer bedeutenden Erweiterung des von der Steuer befreiten Personenkreises und in einer sozialeren Staffelung der Steuersätze.

Von der Bürgersteuer befreit sind in Zukunft vor allem die Personen, die am Fälligkeitstag der Steuer Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung erhalten; ferner solche Personen, die in öffentlicher Fürsorge stehen oder irgendeine Sozialversicherung erhalten, soweit diese nicht 900 Mk. jährlich übersteigt; ebenfalls sind Kriegsbeschädigte, die eine Zusatzrente empfangen und alle Personen, die nicht aus eigenem Einkommen, sondern auf fremde Rechnung leben, also z. B. einkommenlose Angehörige im selben Haushalt. Ausgenommen ist allerdings die Ehefrau, die die Hälfte zahlt. Auch die Staffelung der Steuersätze ist mehr als bisher dem Zahlungsvermögen des Steuerpflichtigen angepaßt. Zwar bleibt der Satz von 3 Mk. bei einem Einkommen bis zu 1200 Mk. jährlich bestehen, sofern nicht Befreiung aus einem der oben genannten Gründe eintritt. Die Staffelung der höheren Einkommen wird aus der folgenden Gegenüberstellung klar:

| Jahreseinkommen Mark | Die Bürgersteuer beträgt Mark | | Jahreseinkommen Mark | Die Bürgersteuer beträgt Mark | |
|-------------------------|----------------------------------|--------|-------------------------|----------------------------------|--------|
| | jezt | bisher | | jezt | bisher |
| bis 1 200 | 3 | 3 | 8 000 bis 12 000 | 18 | 12 |
| 1 200 bis 4 500 | 6 | 6 | 12 000 bis 16 000 | 24 | 12 |
| 4 500 bis 6 000 | 9 | 6 | 16 000 bis 20 000 | 30 | 12 |
| 6 000 bis 8 000 | 12 | 6 | 20 000 bis 25 000 | 50 | 12 |

Nach diesen Verbesserungen ist aus der ursprünglich von der Regierung geplanten rohen und brutalen Form der „Negersteuer“ eine wenigstens bescheidenen sozialen Anforderungen genügende „Bürgersteuer“ geworden. Die bisherige Form der Bürgersteuer haben wir abgelehnt. Trotz unserer weiten grundsätzlichen Bedenken wird es aber angesichts der ungeheuren Not der Gemeinden nunmehr unseren Vertretern in den Gemeindeparlamenten möglich sein, der Erhebung der Bürgersteuer zuzustimmen, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind. Wenn nur die Wahl bleibt zwischen einer drohenden Einstellung kommunaler Wohlfahrtsleistungen oder der Erhebung der Bürgersteuer, dann werden unsere Gemeindefraktionen aus finanzpolitischer Verantwortung und um schlimmste politische Folgen zu verhüten der Bürgersteuer zustimmen müssen.

Die Bestimmungen über die Bürgersteuer sind insofern verschärft, als ab 1. April 1931 Zuschläge erhoben werden können, von 50 Proz. des Grundsatzes oder ein Vielfaches davon. Außerdem ist vorgeschrieben die Erhebung der (evtl. erhöhten) Bürgersteuer und der Gemeindebiertsteuer, wenn die Realsteuern eine gewisse Höhe erreichen.

Gemeindegetränkesteuern. Ab 1. Januar 1931 sind die Gemeinden berechtigt, die Biersteuer zu verdoppeln. Von dem gleichen Zeitpunkt an kann der Reichsfinanzminister alkoholfreie Getränke für steuerfrei erklären. Gegen diese Bestimmungen ist nichts einzuwenden. Die Getränkesteuern werden übrigens am 1. April 1932 außer Kraft treten. Sie sind also nur als vorübergehende Notmaßnahme gedacht, da ihre Erhebung und Kontrolle im Verhältnis zum Ertrag viel zu hohe Kosten verursacht. Diese Bedenken sind es auch, die vor allem gegen die Mineralwassersteuer sprechen, die allerdings von der Notverordnung nicht berührt wird. Diese Steuer sollte 1930/31 35 Millionen erbringen, es werden aber günstigstenfalls nur 15 Millionen sein. Sie ist auch volkswirtschaftlich schädlich, denn insofern der Produktionseinschränkung gehen auch die übrigen Steuerleistungen dieses Gewerbezweiges zurück. Daß infolge der Steuerbelastung außerdem eine Abwanderung der Konsumenten zum Bier erfolgte, ist ein Grund mehr, dieses Steuergebilde bald zu beseitigen.

Die finanziellen Erleichterungen, die die erhöhten Steuern den Gemeinden bringen könnten, werden aber fast vollkommen illusorisch gemacht durch die erzwungene schematische Senkung der Realsteuern. Nach der Verordnung müssen ab 1. April 1931 die Grundsteuer um 10 Proz. und die Gewerbesteuer um 20 Proz. gesenkt werden. Sie dürfen auch nicht — solange die Verordnung in Kraft ist — über den Stand vom 31. Dezember 1930 hinausgehen. Diese Bestimmung bedeutet einen entscheidenden Eingriff in die kommunale Finanzpolitik. Bisher spielten die Realsteuern die Rolle des „beweglichen Faktors“ innerhalb des kommunalen Steuersystems. Sie konnten den finanziellen Bedürfnissen gemäß gestaltet werden. Damit ist es jetzt vorbei, auch in den Gemeinden, deren Realsteuern bisher noch nicht übermäßig angespannt waren. Dafür soll ab 1932 den Gemeinden das kommunale Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer gegeben werden. Von einem solchen Zuschlagsrecht haben höchstens die größeren Städte mit einer größeren Anzahl steuerkräftiger Bewohner Vorteil. Für die kleineren und mittleren Gemeinden aber, und vor allem die vorwiegend von Arbeitern bewohnten Industriegemeinden ist das Zuschlagsrecht abzulehnen. Ob dieser Plan ausgeführt werden wird, steht ja auf einem anderen Blatt — vorläufig sind das Pläne, die für die augenblickliche Notlage der Gemeinden ohne jeden realen Wert sind.

In engem Zusammenhang mit der Realsteuersenkung stehen die Bestimmungen der Verordnung über die Wohnungswirtschaft und Hauszinssteuer. Als Ausgleich für den Ausfall an Realsteuern soll den Gemeinden die Hälfte des bisher für Wohnungsbau verwendeten Teiles der Hauszinssteuer zur Verfügung gestellt werden. Nur in Ländern mit besonders hohem Baubedarf kann der Reichsfinanzminister diesen Betrag auf ein Drittel ermäßigen. Ganz unabhängig von der Frage, ob eine allmähliche Einschränkung des Wohnungsbaues auch von unserem Standpunkt aus in Erwägung gezogen werden könnte, muß das Vorgehen der Regierung, die in einer Zeit schärfster Wirtschaftskrise zu einer Einschränkung des Baumarcktes schreitet, stärksten Zweifeln begegnen. In dieser Angelegenheit kann nach unserer Ueberzeugung das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Durch die Verordnung wird die sechsprozentige Gehaltskürzung der Reichsbeamten auch auf Länder und Gemeinden ausgedehnt. Aus verfassungsrechtlichen Gründen ist das Gesetz zur Einschränkung des Personalaufwands, das eine Angleichung der Besoldung in Ländern und Gemeinden an die Sätze der Reichsbesoldungsordnung bringen soll, nicht mit in die Verordnung aufgenommen worden. Wir haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß es ein unmöglicher Zustand ist, wenn die Bürgermeister mittlerer Städte Ministergehälter und nicht wenige Oberbürgermeister ein mehrfaches davon beziehen. Wir sind überzeugt, daß im Zuge der Vereinheitlichung und Rationalisierung des gesamten Reichsaufbaus auch diese Frage geregelt werden wird.

Ueberblickt man noch einmal die Mittel, mit denen die Regierung glaubt der Finanznot der Gemeinden Herr zu werden, so wird man feststellen können, daß sie in jeder Hinsicht völlig ungenügend sind. Erhöhung der Massenbelastung auf der ganzen Linie — ungenügende Erfassung des Besitzes — das ist nicht der Weg, um den Gemeinden zu helfen. Sie sind in eine Notlage hineingeraten durch die Wirtschaftskrise, auf deren Verlauf sie nicht den geringsten Einfluß haben. Nichts wird dadurch gebessert, wenn das Reich versucht, durch schärfste Einschränkung seiner eigenen sozialen Aufwendungen die ganze Last dieser Krise auf die Gemeinden abzuwälzen. Der Weg zu einer Sanierung der Gemeindefinanzen kann nur der sein, sie von der Last der Wohlfahrtsausgaben zu befreien und diese auf eine neue und breitere Grundlage zu stellen.

Von den Vorschlägen, die zur dauerhaften Sanierung der Gemeindefinanzen gemacht worden sind, hat einer besondere Bedeutung: die Reichsarbeitslosenfürsorge, d. h. die Zusammenfassung von jetziger Krisenunterstützung und öffentlicher Fürsorge für ausgesteuerte arbeitsfähige Erwerbslose in einer Institution. Diese Forderung ist nicht neu; sie ist bereits im August 1928 in der „Gewerkschaftszeitung“ eingehend entwickelt und begründet worden. Sie geht aus von der Grundtatsache, daß es nicht Aufgabe der Wohlfahrtspflege sein kann, arbeitsfähige und arbeitswillige Erwerbslose zu unterstützen. Die Aufgaben der gemeindlichen Für-

Jorge liegen auf anderen Gebieten. Diese Vereinheitlichung im Aufbau aller an die Arbeitslosigkeit anknüpfenden Institutionen unter Ausnutzung des bereits bestehenden Apparates würde dem komplizierten Nebeneinander von Krisenunterstützung und Wohlfahrtspflege ein Ende machen. Für den Arbeitslosen würde diese Neuregelung den Vorteil einer einheitlicheren Handhabung der Unterstützungsgrundsätze und eine gleichmäßigere Höhe der Unterstützungsbeträge bedeuten. Die Vorteile für die Gemeinden liegen auf der Hand: Entlastung des Haushalts und intensivere Bearbeitung des eigentlichen Aufgabenkreises kommunaler Wohlfahrtspflege. Gleichzeitig würde eine so aufgebaute Reichsarbeitslosenfürsorge ein Stück Verwaltungsreform darstellen und eine Verminderung der Verwaltungskosten ermöglichen.

Zu klären wäre vor allem noch die Frage der Finanzierung. An der Ausbringung der 1,3 bis 1,5 Milliarden müssen Reich, Länder, Gemeinden und die Reichsanstalt beteiligt sein. Ohne Zweifel würden die Reichsanstalt und die

Arbeitsämter die geeigneten Träger der Organisation sein, da die von anderer Seite geforderte Zusammenfassung in örtlichen Instanzen den einheitlichen organisatorischen Aufbau der Arbeitslosenversicherung zerrütten würde. Bevor aber dieser Plan, an dessen Ausführung jetzt mit allen Kräften herangegangen werden muß, verwirklicht sein kann, muß den Gemeinden auf andere Weise geholfen werden. Genau wie für das Reich ist für sie ein Ueberbrückungskredit notwendig, der es ermöglicht, über die Schwierigkeiten des Winters mit seinen noch erhöhten Anforderungen hinwegzukommen und die schlimmsten Fehlbeträge auszugleichen. Nur wenige große Städte werden einen solchen Kredit im Ausland — denn nur um Auslandskredite kann es sich handeln — selbständig aufnehmen können. Darum muß das Reich hier einspringen, obwohl es selbst schwer zu kämpfen hat, und für eine kommunale Sammelanleihe die Bürgerschaft übernehmen. Aber welchen Weg man auch einschlagen wird — das Entscheidende ist, ob er s i c h e I I zum Ziele führt. ***

Hitler und die Gewerkschaften

Das Ziel der Nationalsozialisten ist die Schaffung eines völkischen Staates, d. h. eines Staates, der nur von Menschen deutschen Blutes bewohnt ist, mit einem beständigen Bevölkerungsüberschuß, für den nach Niederwerfung Frankreichs im Osten immer wieder neues Land erkämpft werden soll. Dieser Prozeß soll so lange fortgesetzt werden, bis die Deutschen Herren der Erde sind.

Für diese wahnwitzige Idee macht Adolf Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“ Propaganda. Als eines der größten Hindernisse zur Verwirklichung seiner Pläne erkennt er die freien Gewerkschaften. Sie zu zertrümmern, ist ihm eine Aufgabe, für deren Lösung er auch heute noch keinen Weg findet. Resigniert bekennt er, daß er in seiner ganzen Bewegung keinen Kopf habe, der einer solchen Aufgabe gewachsen ist.

So fatal es auch für Hitler ist, ändern kann er die Tatsache nicht, daß die Arbeiterschaft aus voller Ueberzeugung den Gewerkschaften angehört und immer mehr erkennt, daß es beim Abbau der Löhne und der sozialen Einrichtungen kein Halten gibt, wenn es den arbeiterfeindlichen Mächten gelingt, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Ebenso ist sich die Arbeiterschaft bewußt, daß es bei Wiederbelebung der Konjunktur nur den Gewerkschaften gelingen kann, den Lohnabbau der Krisenzeit rückgängig zu machen und darüber hinaus ein höheres Kultur- und Lebensniveau zu erkämpfen.

Das weiß auch der Nazihäuptling sehr wohl und dies erklärt uns seine vorsichtige Haltung gegenüber den Gewerkschaften. Die Nationalsozialisten würden in ihrer Arbeiterfeindlichkeit völlig eskalieren, wenn sie in derselben plumpen und verlogenen Weise, die sie sich gegenüber der Sozialdemokratischen Partei leisteten, gegen die Gewerkschaften vorgingen. Hitler ist gezwungen, nach außen ein arbeiterfreundliches Gesicht zu wahren, will er seine Hoffnung nicht zu Grabe tragen, mit Hilfe der Arbeitermassen seine dunklen Pläne durchzusetzen.

Auf der anderen Seite aber stehen die Unternehmer und warten darauf, daß ihre in dem Hitler-Unternehmen investierten Kapitalien Früchte tragen, daß die Kämpfer für das „Dritte Reich“ vor dem gefährlichsten Gegner der Unternehmer, den Gewerkschaften nicht haltmachen.

So ist es zu verstehen, daß der „große Adolf“, um aus dem Dilemma herauszukommen, bei den Kommunisten Anleihe macht und mit seinen Freunden deren Parolen: Rein in die Gewerkschaften! — Raus aus den Gewerkschaften! — Gründung eigener Gewerkschaften! — Zellenbildung in den Gewerkschaften! — auf ihre Durchführbarkeit hin schon oft erwogen hat.

Doch keine verpricht ihm Erfolg. So bleibt Hitler, der nicht oft genug von Charakterfestigkeit und Gradlinigkeit sprechen kann, nichts anderes übrig, als sich zum Schmock zu erniedrigen — rechts zu schreiben und links zu schreiben — die Gewerkschaften anzuerkennen und sie zu bekämpfen — den möglichen Mißbrauch der Machtstellung der Arbeiter hervorzuheben — und Unternehmer als egoistische Lumpen zu bezeichnen — von Gewissenskonflikten unorganisierter Arbeiter zu sprechen, die von den Gewerkschaften erkämpften Lohn einstecken — seinen Anhängern aber zu empfehlen, in den Gewerkschaften destruktiv zu wirken, d. h. sie zu zerschlagen.

Ueber diese Tätigkeit seiner Nachkäufer in den Arbeiterorganisationen schreibt Hitler folgendes:

„Es gab also nur zwei andere Möglichkeiten: Entweder den eigenen Parteigenossen zu empfehlen, aus den Gewerkschaften herauszutreten, oder in den bisherigen zu bleiben, um dort möglichst destruktiv zu wirken. — Ich habe im allgemeinen diesen letzteren Weg empfohlen. — Besonders im Jahre 1922/23 konnte man dies ohne weiteres tun, denn der finanzielle Nutzen, den während der Inflationszeit die Gewerkschaften von den in Folge der Jugend unserer Bewegung doch noch nicht zahlreichen Mitgliedern aus ihren Reihen einstrich, war gleich null. Der Schaden für sie aber war ein sehr großer, denn die nationalsozialistischen Anhänger waren ihre stärksten Kritiker und dadurch ihre inneren Zersetzer.“

Sicher hat die Minierarbeit der Hitler-Leute, die in erster Linie in der Derunglimpfung der Gewerkschaftsführer bestand, den Gewerkschaften und damit den Arbeitern beträchtlichen Schaden zugefügt. Ob sie aber Hitlers weitgehenden Erwartungen entsprach, darf mehr als bezweifelt werden. Zu sehr ist die Arbeiterschaft mit ihren Gewerkschaften verwachsen, als daß sie sich ihr stärkstes Bollwerk gegen ihre Feinde von dunklen Elementen zerschlagen ließe. So konnte es nicht ausbleiben, daß sich die Nationalsozialisten im Vorjahre auf ihrem Parteitag zu Nürnberg auf einer Sondertagung wieder mit der Gewerkschaftsfrage beschäftigten, ihr aber diesmal eine ganz neue Note gaben. Die Gelben wurden abgelehnt und Streikbrecher als Verräter bezeichnet.

In einer von Hitler genehmigten Entschliegung wird gesagt, daß man nunmehr zur Betriebszellenbildung übergehen werde als Ausgangspunkt für die zu schaffenden nationalsozialistischen Berufsgenossenschaften.

Der Theaterdonner der Sondertagung, wie er in der scheinbaren Neuorientierung in bezug auf die genannten Punkte zum Ausdruck kam, machte nach keiner Seite hin Eindruck. Keinem Unternehmer kam die Befürchtung, daß er sein bei der Nazibewegung angelegtes Kapital als Fehlanlage abbuchen müßte. Siegt doch nach wie vor bei Hitler die letzte Entscheidung, auch in Fragen der gewerkschaftlichen Taktik.

Ueber den Charakter der zu gründenden nationalsozialistischen Berufsgenossenschaften erfahren wir Näheres durch einen Herrn K. Wittig, der früher der Hitler-Partei angehörte und heute die Gruppe Otto Straßer verstärkt. In dessen Organ „Der Nationalsozialistische Beobachter“ in Sachsen berichtet er in einem Artikel „Hinter den Kulissen“ über das Freundschaftsverhältnis zwischen Hitler und dem deutschnationalen Oberfinanzrat Bang, das schon in das Jahr 1927 zurückreicht. Bang, der Intimus Hugenberg's, hat Hitler davon überzeugt, daß der im nationalsozialistischen Programm enthaltene Wirtschaftsteil von Gottfried Feder „unhaltbarer Unsinn“ sei und durch die von Bang zu erstrebenden Werksgemeinschaften zu ersetzen wäre.

Damit ist Hitler im Lager jener Scharfmacher gelandet, die in den Werksgemeinschaften das geeignete Mittel sehen, um den Arbeitern in ihrem Kampf das Rückgrat zu brechen. Der ganze Spuk jener Sondertagung ist verflogen und mit „Heil“, „Deutschland erwache“ und dort, wo sie sich stark genug fühlen, werden die Nazis durch organisierten Streikbruch zu zeigen haben, daß sie ihres großen Meisters würdig sind.

Eine ganz besondere Rolle ist im „Dritten Reich“ den Gewerkschaften, die die national gesinnten Arbeiter umfassen — international fühlende werden nicht aufgenommen — zugeeignet. Ihren Vertretern soll das Recht zuerkannt werden, in einem berufsständischen Parlament gemeinsam mit den Abgeordneten

der verschiedenen anderen Berufsstände öffentliche Fragen zu beraten — nicht etwa darüber zu beschließen. Damit soll erreicht werden, daß, wenn die Arbeiterschaft noch zahlenmäßig die Mehrheit des Volkes darstellt, sie doch für immer in der Minderheit bleibt. Gottfried Feder, dem von Hitler die letzte Entscheidung über alle Fragen des nationalsozialistischen Parteiprogramms übertragen worden sind, drückt das so aus:

„Man darf und soll sich nicht einbilden und einreden, daß irgendein Stand, nur deshalb, weil er unterdrückt war, daraus nun das Recht ableiten könnte, nun auch einmal zur Herrschaft zu kommen.“

Wer wundert sich nun noch über die geldspendenden Unternehmer? Sie haben erkannt, daß das „Dritte Reich“ die Verewigung des Kapitalismus bringt. Die ihnen drohende Gefahr, daß eine politisch gleichberechtigte Arbeiterschaft auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung erringe, wird durch die Aufrichtung der Herrschaft Hitlers beseitigt.

So richtig auch die Unternehmer kalkulieren mögen — ihre Hoffnung wird sich nicht erfüllen. Die organisierte Arbeiterschaft hat Hitler und seine Pläne erkannt und wird zu verhindern wissen, daß seine Diktaturgeklüfte den deutschen Arbeitern dasselbe Los bereiten, das den italienischen Arbeitern unter Mussolini zum Verhängnis geworden ist. Dr. Gumbel.

RUNDSCHAU

Für die mir anlässlich der Vollendung des 65. Lebensjahres aus Kollegenkreisen in großer Zahl übermittelten Glückwünsche und andere Freundschaftsbeweise sage ich auf diesem Wege meinen allerherzlichsten Dank. Oswald Schumann.

Deutschland in der internationalen Kapitalverflechtung. Durch die schwierige wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands wurde es in der letzten Zeit wieder besonders deutlich, wie weit die Kapitalverflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland fortgeschritten ist. Das Statistische Reichsamt stellte deshalb aus allen bisherigen Erhebungen einmal zusammenfassend Deutschlands Stellung in der internationalen Kapitalverflechtung fest. Verglichen mit den Schätzungen des Enquete-Ausschusses, die dieser bei der Feststellung der Zahlungsbilanz erhielt, ergab sich ungefähr

Deutschlands Kapital im Auslande 9,4
Forderungen Ende Sept. 1930
(nach Schätzungen)

(in Milliarden RM)



Kurzfristige Schulden Langfristige Schulden Filialen
Beteiligungen Grundbesitz

Also mehr Schulden: rund 17,0

daselbe Resultat. Es besteht aber keine Feststellung darüber, wie hoch die deutschen Auslandsanlagen im Jahre 1924 waren, so daß man also die seither eingetretene „Kapitalflucht“ nicht mehr feststellen kann. Insgesamt sind heute 8,8 bis 10,8 Milliarden Mark deutschen Vermögens im Ausland angelegt oder in ausländischen Werten untergebracht. Dagegen sind aber 26,1 bis 27,1 Milliarden Mark ausländisches Vermögen in Deutschland investiert, so daß sich ein Passivsaldo für Deutschland in Höhe von zirka 17 Milliarden ergibt. Vor dem Kriege bestand ein erhebliches Aktivsaldo zugunsten Deutschlands, der für Ende 1913 auf mindestens 20 Milliarden zu schätzen ist, auch 1924 sollen die deutschen Anlagen im Ausland höher gewesen sein, als die ausländischen Anlagen in Deutschland. Aus diesen Zahlen erkennt man die Bedeutung der Kapitalflucht. Man sieht aber ferner, daß das Ausland mehr Zutrauen zur deutschen Volkswirtschaft hat als die deutschen Prozentpatrioten.

Die Preislenkung der Konsumgenossenschaften. Der Konsumverein „Vorwärts“ in Dresden hat einen Vergleich der Preise für 57 verschiedene Bedarfsüter vom 1. November 1929 und dem 24. November 1930 angestellt, wobei sich eine Preisermäßigung um rund 10 Mk. oder 16 Proz. ergab. Vorstand und Aufsichtsrat haben ferner beschlossen, alle Brotsorten um 8 Pf. je Brot für die Erwerbslosen und sonstige Unterstützungsempfänger zu verbilligen und auf diesen ermäßigten Preis trotzdem noch Rückvergütung zu gewähren. Durch diese Verbilligungsmaßnahme entstehen dem Konsumverein „Vorwärts“ Mindereinnahmen in Höhe von etwa

6000 Mk. je Woche. Diese Hilfe für die Erwerbslosen soll bis Ende März 1931 durchgeführt werden. Infolge der kolossalen Arbeitslosigkeit in Dresden und Umgegend ist in den letzten Monaten eine schrittweise Minderung des Umsatzes eingetreten, die sich am stärksten in der Textilwarenabteilung auswirkte. Dies alles ist ein Beweis, in welchem Maße die Konsumgenossenschaften durch die Wirtschaftskrise zu leiden haben.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Ramsin und Genossen wurden vom Vollzugsausschuß der Sowjetunion von der Todesstrafe zu zehn Jahren Gefängnis bekräftigt.

Italienisch-bolschewistische Freundschaft. Am 8. Dezember lief das dritte Motorship (gebaut für die Marine der Sowjetunion) in Triest vom Stapel. Ein italienischer Kommandant und der russische Konsul wohnten der Feier bei.

Die Nazis als Schützer des Kapitals. In der Reichstagsdebatte vom 9. Dezember 1930 stimmte die nationalsozialistische Fraktion geschlossen gegen folgende Votträge: 1. Alle Vermögen über 500 000 Mk. werden einer einmaligen Steuer von 20 Proz. unterworfen. 2. Alle Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne bei gewerblichen Unternehmungen werden einer Steuer in Höhe von 20 Proz. der Ausschüttung unterworfen. 3. Alle Aufsichtsratsstimmungen und ähnliche Vergütungen unterliegen einer Sondersteuer in Höhe von 20 Proz. 4. Alle Einkommen über 50 000 Mk. werden mit einer Sondersteuer in Höhe von 20 Proz. jährlich belegt. — Infolge der kapitalfreundlichen Haltung der Nationalsozialisten wurden diese Votträge mit 319 gegen 187 Stimmen abgelehnt. Für die Votträge stimmten nur Sozialdemokraten und Kommunisten. Hätten die Nationalsozialisten für die Votträge gestimmt, so wären sie mit etwa 300 gegen 215 Stimmen angenommen worden.

3 762 000 Erwerbslose stellte die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung in der zweiten Novemberhälfte fest. Das ist ein Zuwachs von 5,7 Proz. gegenüber der ersten Novemberhälfte. In der gleichen Zeit des Vorjahres betrug die Steigerung 14,2 Proz., trotzdem wurden nur 2,1 Millionen Arbeitslose gezählt.

Umzüge und Filmverbot. Der in Berlin vorgeführte Film „Im Westen nichts Neues“ veranlaßte die Nazis, von den Hugenbergsblätter dazu besonders ermuntert, zu Demonstrationen gegen den Film. Dabei kam es infolge der Ausschreitungen der Demonstranten zu Zusammenstoßen mit der Polizei. Der Polizeipräsident hat daraufhin am 10. Dezember ein Demonstrationsverbot erlassen. — Leider hat aber auch die Filmoberprüfstelle am 11. Dezember den Film verboten.

Fünf-Uhr-Ladenschluß für den 24. Dezember und Vertagung des Reichstags bis zum 3. Februar 1931 wurde beschlossen.

Linksregierung in Frankreich. Dem am 4. Dezember geführten reaktionären Kabinett Lardieu, ist am 13. Dezember eine Linksregierung unter Führung des 63-jährigen Senators Steeg gefolgt. Die übrigen Minister sind: Inneres: Lehgues, Justiz: Chéron, Außenress: Briand, Finanzen: Germain Martin, Budget: Palmade, Krieg: Barthou, Marine: Albert Sarraut, Unterricht: Chautemps, Handel und Industrie: Londeur, Landwirtschaft: Victor Boret, Öffentliche Arbeiten: Daladier, Post und Telegraphie: George Bonnet, Luftfahrt: Painlevé, Handelsmarine: Danielou, Arbeit: Grinda, Pensionen: Thomyre, Gesundheitspflege: Queuille.

VERBANDSTEIL

Bekanntmachung des Vorstandes

Den Ortsverwaltungen ist der Fragebogen zur Feststellung des Mitgliederbestandes am 31. Dezember 1930 in entsprechender Zahl von Druckstücken nebst Anschriften sowie entsprechender Anzahl von Betriebsfragebogen (Hilfsfragen für die Ortsverwaltungen) zugeleitet worden. Der genauen Ausfertigung des Fragebogens ist größte Aufmerksamkeit zu schenken. Auch ist der für die Einreichung des ausgefertigten Fragebogens an die Hauptverwaltung vorgemerkte Termin, 20. Januar 1931, innezuhalten. Von dem ausgefertigten Fragebogen ist Abschrift zu nehmen und den Akten der Ortsverwaltung beizufügen. Dafür ist der zweite, mit entsprechendem Vermerk versehene Bogen bestimmt. Bei Bedarf sind Fragebogen bzw. Betriebsfragebogen von der Hauptverwaltung (Abteilung Statistik) anzufordern. Die Ausfertigung des Fragebogens hat nach den im Anschreiben gegebenen Weisungen zu erfolgen. Wir bitten die Ortsverwaltungen, der Aufnahme des Mitgliederbestandes wie der gewissenhaften Ausfertigung des Fragebogens größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Der Vorstandsvorsitzende.

BRIEFKASTEN

Zur gefl. Beachtung! Mit der heutigen Doppelnummer 51/52 schließt die „Gewerkschaft“ ihren Jahrgang 1930 ab. Die nächste Ausgabe erfolgt als Nr. 1 am 3. Januar 1931.

